

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Manuela Rottmann, Kordula Schulz-Asche, Maria Klein-Schmeink, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Bettina Hoffmann, Katja Dörner, Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Erhard Grundl, Ulle Schauws, Margit Stumpp, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Borreliose und FSME – Evaluierung und besserer Schutz für Risikogruppen

Im Zusammenhang mit sich häufenden Hitzeperioden in Deutschland warnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor einem erhöhten Infektionsrisiko bei Zeckenbissen (www.br.de/nachrichten/wissen/2019-wird-ein-zeckensommer-bayern-fast-komplett-risikogebiet,RJ52aVA) sowie vor neuen Zeckenarten, die sich aufgrund der veränderten klimatischen Bedingungen in Deutschland ansiedeln. Immer mehr Menschen erkranken infolge eines Zeckenbisses an der sogenannten Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME). So wurde für das Hitzerekord-Jahr 2018 mit 538 gemeldeten Fällen der höchste Wert seit Einführung der Meldepflicht im Jahr 2001 erfasst (vgl. www.labor-enders.de/224.98.html). Aufgrund mangelnder Routine in der Diagnostik und teilweise diffuser Symptomatik ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Angehörige von berufsbedingten Risikogruppen wie Försterinnen und Förster oder Schäferinnen und Schäfer sind einer besonderen Gefahr ausgesetzt, gegen die es derzeit keine zuverlässige Absicherung gibt. So lehnte das Landessozialgericht Hessen die Anerkennung von Borreliose als Berufskrankheit zuletzt ab – unter anderem mit der Begründung, dass der Vollbeweis einer klinisch manifesten Lyme-Borreliose-Erkrankung nicht erbracht werden konnte (vgl. <https://openjur.de/u/307942.html>). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist es bisher nicht gelungen, einen eindeutigen Vollbeweis für eine Borreliose und den Zusammenhang mit diversen Folgeerkrankungen zu erbringen. Berufsbedingte Risikogruppen sind aus Sicht der Fragesteller in der Frage der Absicherung von Berufsrisiken anderen Berufsgruppen gegenüber dadurch benachteiligt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Entwicklung von Zeckenpopulationen in Deutschland sowie einer möglichen Korrelation zwischen dem Anstieg der Population und sich häufender Hitzeperioden vor?
2. Wurden Borreliose-Erkrankungen seit Einführung der Meldepflicht im Jahr 2001 von der Bundesregierung evaluiert, und wenn ja, wie, und wie lauten die Ergebnisse der Auswertung?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich einer wachsenden Prävalenz von Borreliose vor?

Wenn keine Erkenntnisse vorliegen, was plant die Bundesregierung, um diese Erkenntnislücke zu schließen?

4. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zur Korrelation wachsender Prävalenz und steigender Erderwärmung vor?
5. Plant die Bundesregierung, auf die nachweisbare Ansiedlung neuer Zeckenarten in Deutschland zu reagieren, und wenn ja, wie?
6. Liegen der Bundesregierung statistische Daten zu Todesfällen infolge von Borreliose vor, und wenn ja, wie lauten diese?
7. Steht vor dem Hintergrund der gestiegenen Infektionen ausreichend Impfstoff gegen FSME zur Verfügung?
8. Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der nachweislich komplizierten und wenig eindeutigen Diagnostik einer Borreliose-Erkrankung Handlungsbedarf, um berufsbedingte Risikogruppen besser gegen Folgeerkrankungen von Zeckenbissen abzusichern?
Wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?
9. Welche Position vertritt die Bundesregierung in der Frage einer Anerkennung von Borreliose-Erkrankungen als Berufskrankheit bei Risikogruppen wie Försterinnen und Förster, Schäferinnen und Schäfer, Landwirtinnen und Landwirten o. Ä., und wie begründet sie diese Position?
10. Plant die Bundesregierung, der Benachteiligung berufsbedingter Risikogruppen entgegenzutreten, und wenn ja, wie?
Wenn nein, warum nicht?
11. Welche durch Forschungsgelder des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unterstützten Forschungsprojekte zur Erforschung und besseren Diagnostik von Borreliose existieren derzeit, und wann werden die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Berlin, den 22. Oktober 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion